

satirisch
justizhörig
experimentell
wahrheitenliebend
frei-volksherrschaftlich

Zeitung für Darmstadt

offen
bissig
kritisch
unabhängig
überparteilich

alle 14 Tage

Freitag, 25.3.1994
12. Kalenderwoche, 5. Jahrgang

Nummer 66

Einzelpreis 5,50 DM
Postfach 10 11 01, 64211 Darmstadt, Telefon 0 61 51/71 98 96 **D 11485 D**

Heute sterbender Wald morgen Spargelacker

Wenig Chancen auch für junge Bäume: In 10 Jahren ist der Westwald tot

Die stetig wachsende Zahl an Autos, immer mehr und neue Straßen fordern einen hohen Tribut: Der Wald fällt. Noch können die Bäume für Sauerstoff und damit für einigermaßen erträgliche Luft sorgen – doch die Zeichen stehen auf Sturm. Die Förster sind ratlos und sehen hilflos ohnmächtig dem schnellen Niedergang des Waldes zu. Kein Baum ist mehr gesund, was noch steht wird in den kommenden Jahren fallen. Eine finstere Prognose für den Wald und für uns.

Das Ende vom Wald kommt in immer schnelleren Schritten, schneller als selbst die Förster dies vermutet hatten. Als Beispiel für das rapide Sterben der Bäume hatten Stadtrat Heino Swyter (FDP) und Forstamtsleiter Dr. Arnulf Rosenstock den Westwald gewählt, um eindringlich vorzuführen, wie weit das Sterben im vergangenen Jahr fortgeschritten ist – „Forstbericht 1993“ nennt sich die Schadenserhebung. Wo noch 1990, neben der Eschollbrücker Straße, eine geschlossene Decke aus Baumkronen scheinbar intakten Wald signalisierte, liegen heute ein paar Baumleichen, stehen letzte Holz-Gerippe und üppig

dichte Grassoden bedecken den Boden (siehe Foto unten). Der Anblick vermittelt aufs erste zwar den Eindruck einer durchaus noch intakten Waldlichtung mit den heute üblichen kaputten Bäumen – nichts deutet auf die „sich immer mehr beschleunigende Schadstoffkette“ hin, wie Rosenstock engagiert mit resignierendem Unterton schildert. „Offensichtlich mißt niemand dem Stickstoff-Problem die Bedeutung zu, die es hat.“ Während unter naturnahen Verhältnissen von einem Kilogramm Stickstoff pro Hektar Waldboden und pro Jahr ausgegangen wird, und die Grenze der Aufnahme bei 12 Kilo liegen soll, wurden andernorts Werte zwischen 23 und 80 Kilo jährlichen Zuwachses ermittelt, für Darmstadt fehlen die Zahlen.

Die Bäume vertrocknen

Der zu hohe Niederschlag von Stickoxiden (NO₂) vor allem aus Autoabgasen (70%) überdüngt den Waldboden. In der Folge wachsen Gräser, Brennnesseln und andere „Ubiquisten“ wie die Förster die überall-wachsenden Pflanzen nennen. Verdrängt werden die „Hungerkünstler“, genügsame Pflanzenarten, die mit wenig Licht und wenig Stickstoffen auskommen. Was das neben dem Artensterben mit dem Fallen der Bäume zu tun hat? Der Regen kommt nicht mehr an die Baumwurzeln: Was an Niederschlag den Waldboden erreicht (3/5), wird vom Gras (ein Ubiquist) aufgenommen, so sinkt gleichzeitig der Grundwasserspiegel und die Bäume vertrocknen.

Sinkendes Grundwasser

Im Westwald ist dies in Schneisen („drei Kilometer breit“, so Rosenstock) der Fall: Die Firmen Merck und Röhm verfügen über eine nicht veröffentlichte Anzahl von Pumpen, um trichterförmige Absenkungen des Grundwasserspiegels zu erreichen – täten sie das nicht, würde das Wasser von hochgiftigen Chemikalien ihrer Altablagerungen verseucht. Der „wurzelverfügbare Wasserflurabstand“ ist so beispielsweise im Forst Harras „von 1 Meter auf 13 Meter gefallen. Bei „drei bis vier Meter reißt die Wurzelverfügbarkeit ab“ (Forstbericht). Davon sind direkt 300 Hektar Wald im Harras betroffen. Allgemein ist laut Hessischer Landesregierung der Grundwasserspiegel auf fünf Meter abgefallen.

☛ Fortsetzung Seite 2

Selbstverbrennung als Protest: Zwei Kurdinnen und drei Kurden

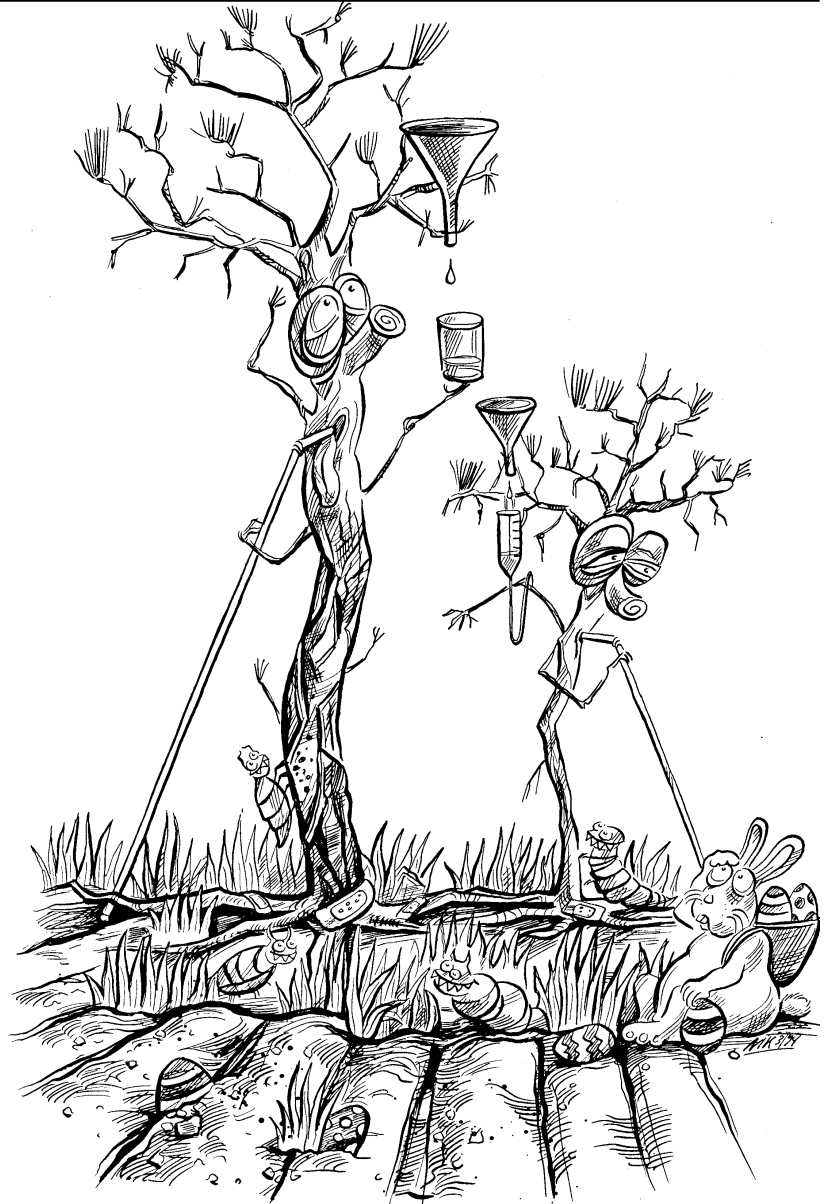
Proteste gegen Bonner Beihilfe zu Völkermord

Seit mehr als einem Viertel Jahrhundert dringen immer wieder Nachrichten durch über Verfolgungen, Folter und Morde an Zivilisten im fernen Osten der Türkei. Vor Golfkriegszeiten wurden KurdInnen von Iranern verfolgt, dann von Saddam und der türkischen Regierung. Doch letztere ist Nato-Mitglied und Handelspartner der Bundesrepublik, so nimmt es denn auch nicht Wunder, daß nach der Wiedervereinigung Waffen der früheren Volksarmee, aber auch modernste Leopardpanzer im Osten der Türkei auftauchen, dort, wo die Türkei Völkermord vollzieht: an KurdInnen.

Nichtwissen ist es nicht, das die Bundesregierung gegen das Grundgesetz verstoßen läßt und das sie schuldig macht: der Beihilfe zum Völkermord. KurdInnen, die ihr Haus, Bruder, Schwester oder Eltern verloren haben, für sie gibt es nichts mehr zu verlieren. Das mußten Bonns Politiker am 22.3. erfahren: In

einer bundesweit organisierten Aktion blockierten kurdische Flüchtlinge Autobahnen. Bis zum letzten entschlossen, versuchten sie, die Öffentlichkeit aufzurütteln und Bonns menschenverachtende Politik anzuprangern. Auf der Autobahn Darmstadt-Frankfurt bei Langen übergossen sich zwei kurdische Demonstranten mit Benzin und steckten sich an, bei Wetzlar ein dritter. Bereits am Montag hatte eine Kurdin sich ebenfalls mit Benzin übergossen und angesteckt, sie soll gestorben sein, eine weitere ist am 23.3. ihren Verletzungen erlegen. Wie verzweifelt muß jemand sein, der so weit geht? Die Polizei löschte zwar die Feuer und ließ die Kurden in Spezialkliniken bringen – doch Bonns Innenminister Manfred Kanther (CDU) zeigte sich ebenso unbeeindruckt wie Wiesbadens Innenminister Herbert Günther (SPD).

☛ Fortsetzung Seite 5



„... weil das immer anrücklich ist“

Über den Verkauf städtischer Grundstücke – Zensur – und Immobilien-Geschäfte

Einen Bericht über eine Veranstaltung der Darmstädter Grünen mit Iris Behr über Erbpachtrecht wollten wir nicht ohne Hintergrundrecherche publizieren, weshalb er in der letzten Ausgabe der ZD nicht erschienen ist. Doch auch in dieser Nummer ist er noch unvollständig. Wir wollten von den Verantwortlichen wissen, ob PolitikerInnen Vorteile dadurch gezogen haben, daß sie sich selbst mit Erbpachtgrundstücken bedacht und diese vielleicht billig erworben haben – bisher haben wir dazu keine Antworten erhalten. Hinweise auf Vorteilsnahmen hatte der Leiter vom „Institut für Wohnen und Umwelt“ (IWU), Dr. Uwe Wullkopf, gegeben, der erklärt hatte, „diese (Grundstücke, red.) gehen vor allem an die Reichen“. In einem Interview mit Stefan Willert vom Hessischen Rundfunk hatte er dies wiederholt und unpräzise Andeutungen über Politiker gemacht. All dies führte zu Ärger. Oberbürgermeister Peter Benz (SPD) forderte prompt eine Mitschrift des Interviews an, und meinte (nicht gegenüber der ZD), Wullkopf solle vorsichtiger sein mit solchen Äußerungen in der Öffentlichkeit: Dies ist als klare Warnung/Drohung zu verstehen, denn Wullkopf soll(te) angeblich für die Grünen in den Aufsichtsrat des Bauvereins für Arbeiterwohnungen.

Unser zugestanden sehr langer Fragenkatalog an das Presseamt bezüglich Erbpacht wurde an Stadtkämmerer Otto Blöcker (SPD) weitergeleitet, der jedoch bis heute die Fragen nicht beantwortet hat. Noch nicht einmal die Satzung für die Vergabe der Grundstücke liegt der ZD vor.

Wie immer, wenn im Filz gestochert wird, kommt Überraschendes ans Tageslicht: Gegenüber dem HR-Reporter Willert hatte Blöcker erklärt, er habe kein Mal während seiner Zeit als Politiker irgendwelche öffentlichen Gelder für sich in Anspruch genommen, „weil das immer anrücklich ist“. Unser Recherchen-Stand von heute bestätigt dies

insofern, als er kein Erbpachtgrundstück erworben hat – doch der LeserInnen der ZD wohl bekannte Architekt Volker Schmidt (SPD) hat auch Parteifreund Blöcker an seinen Geschäften teilnehmen lassen. In einer Bauherrengemeinschaft für Häuser im Goerdelerweg 32-36 (Architekt: Volker Schmidt) hat Blöcker zwei Eigentumswohnungen mit seiner Frau erworben – ob dem Kämmerer nicht bekannt war, daß die Grundstücke auch bei diesem Projekt wieder einmal aus städtischem Eigentum stammten? Möglich, aber unwahrscheinlich, denn jeder Grundstücksverkauf gelangt dem Kämmerer – das ist seine Aufgabe – zur Kenntnis.

Besonderheit am Rande: Der von der Stadt immer eingetragene Rückkaufvermerk im Grundbuch, verzeichnet am 16.11.1979, ist am 23.1.1981 gelöscht worden – ein nach Ansicht von Insidern „äußerst ungewöhnlicher Vorgang. Einmalig in seiner Schnelligkeit.“ Neben einer Eigentumswohnung, die er selbst bewohnt, und den zwei Eigentumswohnungen im Goerdelerweg hat der Kämmerer in Kenntnis der Lukrativität von Immobiliengeschäften noch ein Grundstück in der Reuterallee erworben – übrigens stammen alle Kredite für die Käufe von der Stadt- und Kreissparkasse, in der wiederum Parteifreund Eike Ebert das Sagen hatte, und die zu mehr als 50 Prozent im Eigentum der Stadt steht. Leider ist der ZD nichts über die Zinskonditionen bekannt, sie sind bekanntlich für GenossInnen besonders günstig.

Der Bericht über die Erbpacht, was sie bedeutet, wer begünstigt sein sollte, und wer damit Geschäfte gemacht hat, wird nach weiteren Recherchen erscheinen. Die Pressererklärung der Grünen (ZD 65) legte den Filz nicht offen. Der Koalitionspartner SPD hat mit den Erbau-Grundstücken Vorteilsnahmen ermöglicht – soviel steht heute schon fest.

M. Grimm



Vor vier Jahren noch bildeten volle Baumkronen ein Dach über dieser Lichtung im Westwald. Heute liegen ein paar Baumkrüppel, die restlichen noch stehenden sind bereits tot, und Gras verdrängt die Waldpflanzen. Im Boden finden Schädlinge und Mäuse optimale Lebensbedingungen: Die Versteppung des Waldes beginnt. (Foto: as)

Sie lesen

- 3 Aus Prinzip durchgepeitscht
- 4 Störfälle im Schrottmeiler Biblis
- 5 Monetäres Gelächter
- 6 CDU: Gangstermethoden für Polizisten / G.O. Pfeffermann schmeißt Kreisvorstand
- 7 Altnazis, Judenhasser und Waffenhändler
- 8 Spätklassizistischer Charme
- 9 Prachtschinken im Staatstheater
- 10 Unser Dorf soll schöner werden
- 11 „Das vierte Reich“
- 12 LeserInnen-Protest wg. Gysi
- 13 PCB: Offener Brief an die Grünen
- 15 „Auschwitz-Lüge“ straffrei sagt der BGH – Grüner Protest

Nächste Ausgabe:

Freitag, 15.4.1994

Fortsetzung von Seite 1

Die Wurzeln wachsen dichter unter der Bodenoberfläche, weil sie dort eher an Wasser kommen können, „verflachen“ – wer sich den Wurzelsteller eines gefallenen Baumes ansieht, erkennt leicht, daß die feinen Wurzeln fehlen. Die regenarmen Jahre, seit 1987 ist der Niederschlag „um durchschnittlich 100 Millimeter/Jahr zurückgegangen“ (Forstschutzbericht), haben zu einer Trockenheit geführt, die auch „Jungpflanzen vertrocknen lassen“. Dabei brauchen die Bäume gerade durch den höheren Stickstoffgehalt des Bodens mehr Wasser, denn sie stehen unter ständigem Wachstumsstreß. Auch wenn über den sauren Regen nichts mehr in den Zeitungen zu lesen steht, die Schwefel- und Stickoxidverbindungen haben zu einer Übersäuerung der Böden (pH-Wert 3) geführt, die heute fast dem Säuregehalt einer Zitrone (pH-Wert 2,3) entspricht – die Säure behindert das Wurzelwachstum.

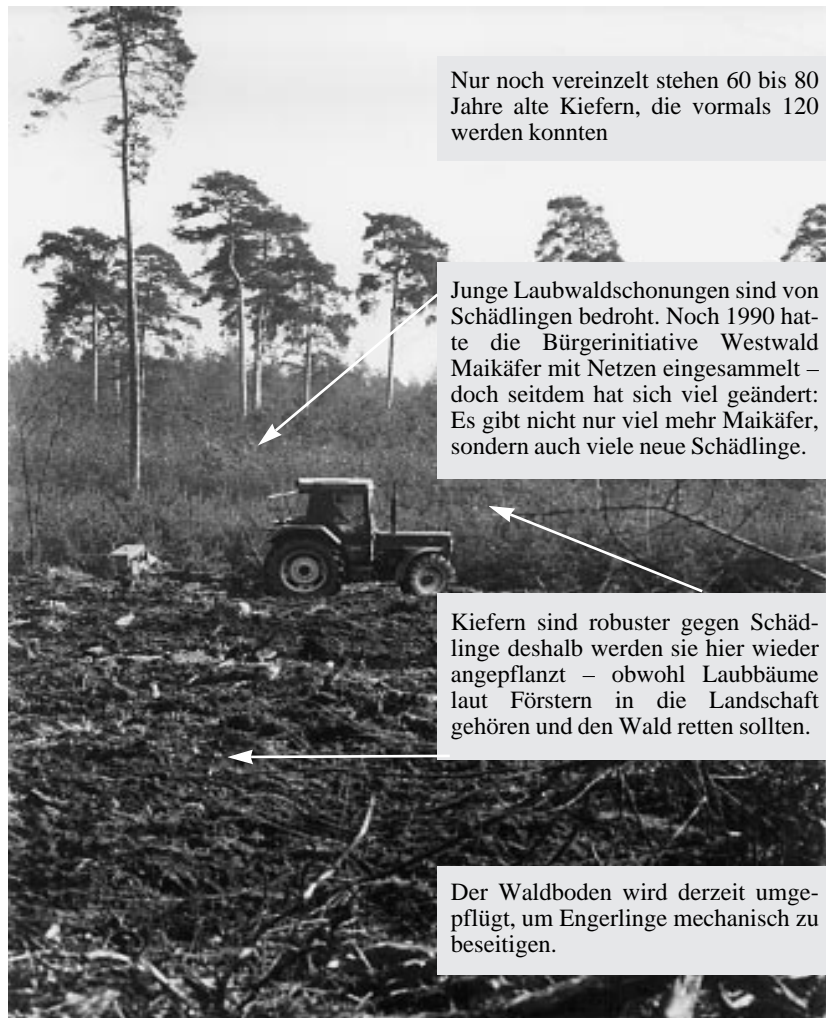
Kein herbstliches Braun

Die Natur spielt verrückt: Früher wurden die Blätter im Herbst braun und die Bäume schützten sich durch Verholzen gegen die kommende Kälte. Heute werden die Blätter zwar auch braun, aber nicht weil sich der Wald auf den Winter vorbereitet, sondern weil Wasser fehlt. Der viel zu hohe Stickstoffeintrag im Wald wirkt wie ein Dünger und verlängert die Wachstumsperiode, so treiben die Bäume auch im Herbst weiter. Die Folgen sind fatal: Die Bäume vertrocknen, sind der Kälte schutzlos ausgesetzt, „sie verholzen nicht und erfrieren“.

Wald wird gepflügt

Doch dies ist nur eine Ursache, die den Wald schwächt und ihn anfällig macht für Schädlinge. Seit neuestem beobachten die Forstleute, daß Maikäfer-Engerlinge, „auch feine Baumwurzeln fressen, früher gab es das nicht“. Es ist gerade vier Jahre her, als sich DarmstädterInnen vehement gegen den Einsatz von Giften gegen Maikäfer gewandt und Netze über junge Laubbäume gespannt hatten, um die braunen Flieger einzusammeln.

Diese Bäume stehen heute noch, aber wohl nicht mehr lange, denn die Schädlinge vermehren sich rasend schnell. Sie finden ideale Lebensbedingungen, „da ist ihre Vermehrung nur natürlich“, weiß Rosenstock und hat deshalb eine erste mechanische Radikalkur angeordnet: der Waldboden ist stellenweise umgepflügt worden, um die „40 bis 60 Engerlinge pro Quadratmeter“ zu reduzieren. Auch Engerlinge waren einstens durch das Grundwasser in ihrer zu massenhaften Vermehrung behindert, mit sinkendem Grundwasser gilt das nicht mehr.



Nur noch vereinzelt stehen 60 bis 80 Jahre alte Kiefern, die vormals 120 werden konnten

Junge Laubwaldschonungen sind von Schädlingen bedroht. Noch 1990 hatte die Bürgerinitiative Westwald Maikäfer mit Netzen eingesammelt – doch seitdem hat sich viel geändert: Es gibt nicht nur viel mehr Maikäfer, sondern auch viele neue Schädlinge.

Kiefern sind robuster gegen Schädlinge deshalb werden sie hier wieder angepflanzt – obwohl Laubbäume laut Förstern in die Landschaft gehören und den Wald retten sollten.

Der Waldboden wird derzeit umgepflügt, um Engerlinge mechanisch zu beseitigen.

„Ein einziger kräftiger Ansturm von Maikäfern, würde heute die jungen Laubwaldschonungen radikal abfressen.“

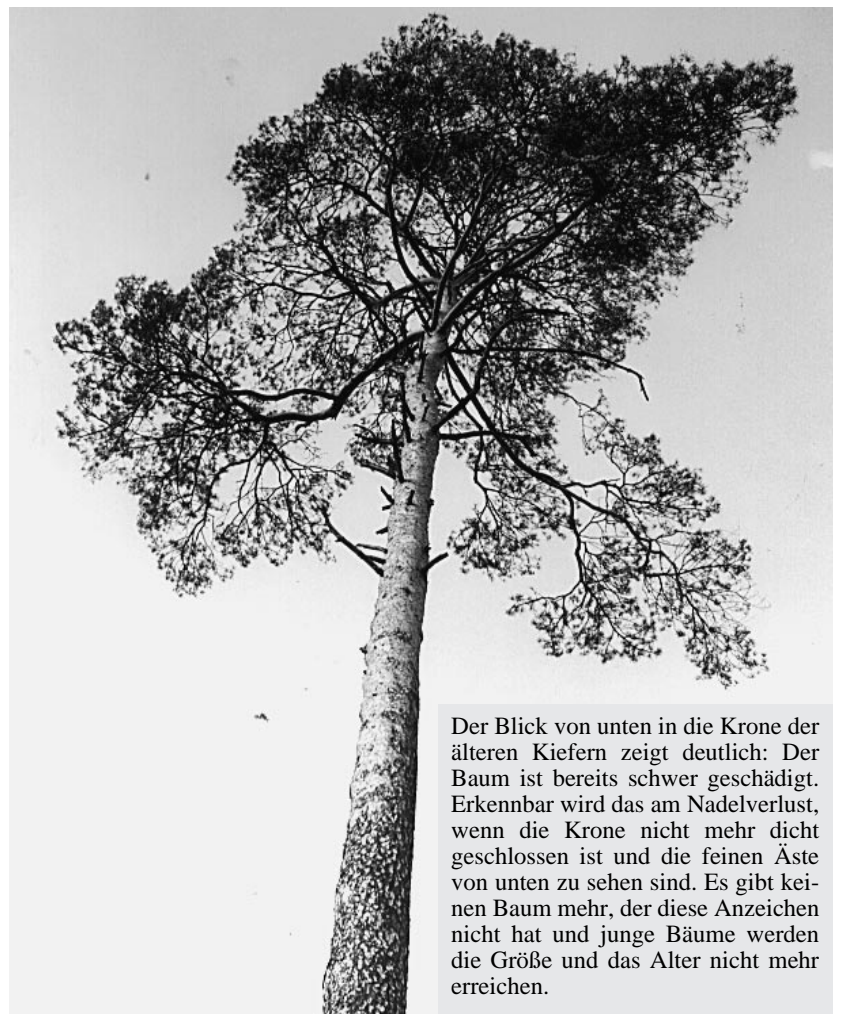
Hälfte des Lebensalters

Auch den weniger aufmerksamen BeobachterInnen wird längst klar: Was im Wald vor sich geht, ist unübersehbar – er stirbt. Zwar hat die Stadt heute die Versickerungen der Abwässer im Wald durch Kanalumbauten abstellen können („das haben wir uns viel kosten lassen“, Swyter), aber die Bäume wachsen nicht mehr wie aus über hundertjähriger Erfahrung bekannt. Wurden Kiefern um Darmstadt 80 bis 120 Jahre alt, so rechnen die Forstleute heute (zu optimistisch?) mit der Hälfte des Lebensalters. 30 Jahre alte Bäume sehen schon heute so mickrig aus (s. Foto unten), als wollten sie die stolze Höhe, die breiten Kronen und die dicken rotfarbigen Stämme ihrer Eltern nie mehr erreichen, sie bleiben einfach dünne Stämmchen mit wenig Nadeln. Ein weiteres untrügliches Zeichen für unabdingbares Waldsterben: Wer in die Kronen der mächtigen Kiefern sieht und die einzelnen Verästelungen bloßen Auges erkennen kann (s. Foto oben), weiß, der Baum steht nicht mehr lange. Gleiches gilt bei abgeplatzter Rinde oder unzähligen Löchern gefräßiger Borken- und anderer Käfer.

Schädlinge in Massen

Es bedarf keiner Stürme mehr, um den Wald fallen zu lassen. Die Förster haben eine Kurzformel: „Licht, Gras, Maus, aus“. Nach Wirbelsturm Wiebke, im Jahr 1990, war der Westwald gelichtet (70% der Bäume fielen), Sonne fällt auf den Boden und in Verbindung mit Stickstoff wuchern Gräser und Schädlinge kommen in „Millionenzahlen“: Borken, Mai- und Kiefernprachtkäfer, Waldgärtner und seit letztem Jahr auch noch die Schwammspinner. Die vereinzelt Bäume halten auch schwächeren Winden nicht mehr stand – „alles hat sich gegen den Wald verschworen“, resümiert Rosenstock, „wir Förster sind nur noch Leichenbestatter. Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt“: Eine elegante Umschreibung für den Auto-wahn unserer Zeit als einem der wichtigsten Luftverschmutzer. Naturgemäße Waldbewirtschaftung? In den letzten Jahren noch als Allheilmittel gepriesen, hat sie sich als illusionär erwiesen.

Es war 1992 als sie großgeschriebener Garant für den künftigen Wald sein sollte. „Das ist heute nicht mehr möglich“. Entgegen seiner Auffassung hält Rosenstock „den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln für unumgebar“, um wenigstens die Neupflanzen zu schützen. „Allerdings nicht vom Hubschrauber aus“, er will die Gifte punktuell in den Boden eingebracht wissen, dort, wo die Schädlinge in Massen auftreten und die Wurzeln fressen – als „Objektschutz“ sieht Rosenstock den Gifteintrag, „mit dem ich gegen meine eigenen Prinzipien verstoßen muß“.



Der Blick von unten in die Krone der älteren Kiefern zeigt deutlich: Der Baum ist bereits schwer geschädigt. Erkennbar wird das am Nadelverlust, wenn die Krone nicht mehr dicht geschlossen ist und die feinen Äste von unten zu sehen sind. Es gibt keinen Baum mehr, der diese Anzeichen nicht hat und junge Bäume werden die Größe und das Alter nicht mehr erreichen.

Der Anteil der stadt-eigenen Waldgebiete beträgt 2.500 ha. – größtenteils in Schadenstufe II bis III (60% Nadel- oder Blattverlust). Die anderen zwei Drittel stehen im Eigentum des Landes Hessen. Das ist aus ökonomischen Gründen wichtig, denn den Wald zu sanieren (so es überhaupt noch möglich ist) stellt sich als teures Unterfangen dar: Kosten bislang die 2.500 Hektar 600.000 Mark für waldflegende und schützende Arbeiten pro Jahr, so rechnen die Fachleute heute mit dem Vierfachen – doch in Landes- und städtischen Kassen ist Ebbe, „gerade jetzt, wo es dringender denn je ist“, meint Gartenamtsleiter Reinhard Ruoff. Außerdem: Geld soll das Waldsterben aufhalten?

Im vorgelegten Forstschutzbericht 1993 wird Ratlosigkeit deutlich: Es stellt sich die „Frage nach der waldbaulichen Konzeption, da Laubholzkulturen bei Engerlingskalamitäten nicht überleben“, heißt es darin.

In zehn Jahren kein Wald mehr?

Die Schadeneinstufungen sind angesichts 100% kranker Bäume fast unerheblich, wird damit doch nur ungenau die Dauer bis zur endgültigen Entwaldung umschrieben. Unter gesunden Waldverhältnissen mochten die Schadstufen noch aussagekräftig sein: Nicht jedoch heute bei einem vollständig kranken Wald und in Anbetracht des Lebensalters eines Baumes. Aus dem Forstbericht geht hervor, daß der Wald binnen vier Jahren (1989 bis 1993) von 35,6 % mittel- bis starkgeschädigten Bäumen auf 91,5% – fast das Dreifache – eingestuft werden mußte. Fünf Schadeneinstufungen gibt es (0 bis IV), die letzte bedeutet Entwaldung. Übrigens: Die Hälfte aller Bäume, die in Darmstadt für die Beobachtung und die Schadenerfassung ausgewählt worden waren, sind seit 1989 gefallen.



So sehen heute circa 30 Jahre alte Kiefern aus – auch sie fallen. (Alle Fotos: as)

Noch deutlicher sprechen die Zahlen der Kahlfelder: Waren 1992 in ganz Hessen 800 Hektar (1 ha entspricht einem Fußballplatz) entwaldet, so sind 93 allein um Darmstadt 800 ha gefallen. Rein rechnerisch dauert es noch zehn Jahre und um Darmstadt steht kein Baum mehr, unter linearen Berechnungen. Die Schadstoffmengen werden jedoch mit weiterem Straßenbau (Nord-Ost-Umgehung, B3 etc.) und wachsendem Verkehr zunehmen. Das Thema Verkehr-Reduzierung übrigens klammert der zuständige Stadtrat Swyter wohlweislich aus.

Spargeläcker

„Inwieweit ist der Rheingraben überhaupt geeignet für Wald?“ fragt Stadtrat Swyter. Das meine er nicht zynisch, auch nicht vorbeugend, sondern bezogen auf die Geschichte. „Der Westwald ist erst vor 200 Jahren angepflanzt worden. „Wir wollen den Wald auf jeden Fall erhalten“, verspricht Swyter, „wegen seinem Naherholungswert“. Doch liegt Gartenamtsleiter Ruoff wohl näher an der Wirklichkeit, wenn er prophezeit: „Dies könnte wieder eine Dünenlandschaft werden“ – eine geeignete Fläche für Spargeläcker (siehe Foto). „Mit dem Zusammenbruch des Westwaldes verändert sich der Standort Darmstadt. Das ist dann nicht mehr Darmstadt“, wiederholt Ruoff eindringlich und warnt vor den „wirtschaftlichen Folgen“ – vor mehr Gewerbe auf den kahlen Flächen der Zukunft? Auf jeden Fall aber wird Darmstadt nicht mehr „die Stadt im Wald“ sein.

Wer glaubt, daß von den Schadstoffen in der Luft nur der Wald beeinträchtigt sei, irrt gewaltig. Zwar gibt es keine veröffentlichten Untersuchungen über gesundheitliche Folgen beim Menschen, ob der ständig zunehmenden Gifte in Luft, Wasser und Boden – doch ist dies nur eine Frage der Zeit.

Hauptschädling: Das Auto

Die PolitikerInnen ignorieren das Problem: 12.000 Kilometer neue Straßen sind im Bau oder geplant, und an ein Tempolimit ist nicht zu denken – gleich ob in Bonn oder in Darmstadt.

Die zentrale Frage steht zur Entscheidung an: Was wollen wir? Unbegrenzt wachsenden Verkehr oder Wald? Nicht die Käfer und Raupen sind die Hauptschädlinge, sondern das Auto.

Der Zustand der Waldschäden in Europa (1991) erstellt von UN/ECE:

Die stark geschädigten:

1. Weißrußland 57%
2. England 51,5%
3. Polen 46,9%
4. Deutschland 46%
5. Tschechoslowakei 46%

Die intakten Wälder:

1. Ukraine 3%
2. Rußland 4,2%
3. Frankreich 6,7%
4. Rumänien 6,9%
5. Spanien 7,3%

M. Grimm

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Michael Grimm

Unser Team :

Uta Schmitt
Eva Bredow
Sanne Borghia
Nicole Schneider
Peter J. Hoffmann
Rudolf Gold
Ludwig v. Sinnen
und freie AutorInnen

Anzeigen:

verantwortlich
Heiner Schäfer
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 5
Postanschrift:

Zeitung für Darmstadt
Postfach 10 11 01, 64211 Darmstadt

Telefon 06151/719896

Telefax 06151/719897

Bankverbindungen:

Volksbank Darmstadt
BLZ 508 900 00, Konto 14 111301

Spendenkonto:

Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60, Konto 56 29 29-601

Druck:

Caro Druck
Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt
Durchschnittliche Auflage:

10.000

Abonnement:

jährlich DM 90,00 incl. 7% MWSt.

Nachdruck und Vervielfältigungen sind nur mit Genehmigung des Verlages gestattet.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel oder Presseberichte von Parteien, Verbänden und Vereinen übernehmen die jeweiligen AutorInnen die presserechtliche Verantwortung. Sie sind kein Spiegel für die Meinung der Redaktion.

Personenbezogene Daten werden elektronisch gespeichert, ausschließlich intern für die Verwaltung eingesetzt und nach Ende des Zeitungsbezugs umgehend gelöscht.

InformantInnen bleiben gemäß gesetzlicher Grundlage auf Wunsch anonym.

Text und Bild sind mit „QuarkXPress“ auf Apple Macintosh gesetzt und unter Omnis 5 - Verlagverwaltung organisiert.

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 9.4.94

Aus Prinzip durchgepeitscht

Stadtplanung: für OB Benz ein Fremdwort

Einen Streit im Magistrat am 16.3. mußte Oberbürgermeister Peter Benz (SPD) kurz und bündig abzuwürgen: Er ließ einfach abstimmen. Dabei geht es um den Verkauf eines städtischen Grundstücks in Kranichstein. Für Ortsansässige: um den Supermarkt Grundstraße 2-4. Fünf Millionen will die Stadt für das Grundstück haben, die Stadt- und Kreis Sparkasse ist bereit, dafür zu kaufen, und für weitere 15 Millionen eine neue Filiale zu errichten.

Bürgermeister Michael Siebert (Grüne) war überrascht, als plötzlich im Magistrat über den Verkauf abgestimmt werden sollte, denn er verhandelte noch mit der Sparkasse. „Ein merkwürdiges Verfahren“, kommentiert Siebert, „denn da besteht noch Planungsbedarf“ und „das ist einfach über die Bühne gezogen worden.“

Der Supermarkt soll abgerissen werden und ein Neubau hingestellt werden. Doch den will Siebert in ein städtebauliches Konzept eingebunden wissen: „Immerhin hat die Stelle eine Marktplatzfunktion in Kranichstein.“ Er beschreibt die heutige Situation als „trotlos, wenn abends die Lichter ausgehen“.

Ein Raumprogramm für eine Sozialamtsaußenstelle, ein Altentreff, Wohnungen und ein bürgerschaftlicher Saal könnten seiner Ansicht nach den Ortsmittelpunkt beleben und „eine geschlossene monofunktionale Geschäftsstruktur“ durch Lebendigkeit ersetzen. Doch das kann die Sparkasse nicht, denn sie darf nur begrenzt investieren, das ist laut Vorstandsvorsitzendem Jürgen Güde in der Satzung festgelegt.

Nicht beantworten kann Siebert die Frage, warum keine Zusammenarbeit angestrebt worden ist, mit beispielsweise einem zweiten Investor, wie dem Bauverein.

„Die waren ohnehin überrascht, von dem, was ich da mache“, kommentiert Siebert – dabei ist er laut Dezernatverteilungsplan zuständig für Stadtplanung – und meint, „das ist mein Job, darum habe ich mich zu kümmern.“

Der Verkauf sollte offensichtlich schnell über die Bühne gehen, Kämmerer Otto Blöcker (SPD) hatte den Verkauf vorbereitet, und Benz (SPD) peitschte ihn durch. Aber: noch muß die Vorlage durch den Liegenschaftsausschuß und dann im Parlament abgestimmt werden, da wird weiter gestritten. *mg*

Leere Kassen?

Vorenthalten hatten wir unseren LeserInnen die breite wie immer öffentlich laut klagende Diskussion des letzten Jahres über die Ebbe in den städtischen Kassen. Die Stadt hatte uns die Unterlagen vorenthalten: erst im Dezember wurden sie uns zugespielt und im März bekamen wir den Haushaltsplan endlich offiziell. Unter der Metzger-Ägide erhielten wir wenigstens diese Unterlagen noch rechtzeitig – doch heute regiert Rot-Grün.

Viele Zahlen in verschiedenen Artikeln der ZD sind heute dem Haushaltsplan entnommen, auch wenn das nicht immer benannt wird. Auffällig ist bei dem Studium des Zahlenwerks, daß die Stadt öffentlich über die Finanzmisere klagte, und Kämmerer Otto Blöcker gleichzeitig mehr als 24 Millionen Mark für den Ankauf von HEAG-Grundstücken in Kranichstein ausgab. Waren die Kassen tatsächlich leer? Im Parlament wurden die Riesengeschäfte mit keinem Wort erwähnt. *sb*

RP lehnt Dienstaufsichtsbeschwerde ab

Keine Veranlassung sieht der Regierungspräsident, den Darmstädter Bürgermeister Michael Siebert (Grüne) wegen der Information der Presse über seinen Müllgebührenvorschlag (ZD 58) zu rügen. Ein Mitglied des Magistrats hat Ende November Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister erhoben, nachdem dieser wenige Tage vorher gegenüber der Presse einen von ihm erarbeiteten Änderungsvorschlag zu einem Magistratsbeschuß über die Müllgebühren dargestellt hatte.

Der Beschwerde führende ehrenamtliche Stadtrat Ellwanger, CDU, hatte argumentiert, daß es einem Mitglied des Magistrats nicht zukomme, in der Öffentlichkeit eine abweichende Auffassung zu vertreten.

Der Regierungspräsident bejaht, daß die Verwaltungsbehörde an die Beschlüsse der Vertretungskörperschaften gebunden ist, diese auszuführen und zu vertreten hat. Im vorliegenden Falle sei jedoch kein Verstoß gegen diese Vorschrift ersichtlich, das Verhalten des Bürgermeisters weder dienst- noch kommunalrechtlich zu beanstanden.

Der Bürgermeister habe keine Informationen im Namen des Magistrats an die Presse gegeben, sondern in einer Pressemitteilung darüber informiert, daß er als zuständiger Dezernent die öffentliche Kritik an der vorgesehenen Abfallgebührenstaffelung aufgenommen habe, und beabsichtige, diese in einen Vorschlag für eine geänderte Beschlußfassung des Magistrats einfließen zu lassen.

Eine derartige Information erscheint unter dem Gesichtspunkt der selbständigen Erledigung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten durch die zuständigen Magistratsmitglieder vertretbar, begründet der Regierungspräsident seine Entscheidung. „Aus dem mir vorliegenden Text der Pressemitteilung des städtischen Presseamtes ist somit nicht abzuleiten, daß sich Bürgermeister Siebert über ihn bindende Beschlüsse städtischer Gremien hinwegsetzen wollte.“

Presseamt Volker Rinnert



Nach jahrelangem Leerstand im Eigentum der Stadt ist das Schuhhaus Michel in der Arheilgerstraße an das Ehepaar Michel verkauft worden. Damit wird klar, weshalb die Stadt nicht vermieten wollte und leerstehen ließ: Der Liegenschaftsdezernent und sein Kämmerer wollten lieber die Marktpreise erhöhen, als billigen Wohnraum erhalten.

(sb / Foto: as)

Dementi

„Das stimmt doch nicht, was Sie da über das Gehalt von Dr. Rösch geschrieben haben“, tönte am 17.3. sein Magistratskollege Heino Swyter (FDP). Auch er bezieht ein Gehalt nach Beamtentarif der Einstufung Bundesbesoldungsordnung B5 Ia. Dr. Rösch dementierte die Höhe nicht und Swyter versicherte vor versammelten Presseleuten, er werde eine Kopie seines Gehaltsauszuges zustellen. Bis heute ist – wie kaum anders zu erwarten – nichts bei der ZD eingegangen. *mg*

Frauenbeauftragte darf reden

In Darmstadt ist es Usus, daß alle Fragen der Presse – und dies gilt vor allem für die ZD – über das Presseamt laufen müssen. Auskünfte dürfen nur die sechs Dezernenten erteilen, dies schreibt eine Anweisung von Alt-OB Günther Metzger vor, die Amtsnachfolger Peter Benz (SPD) beibehalten hat und verschärft durchsetzt. Doch selbst diese sechs Dezernenten verweigern Auskünfte teils sogar generell wie Dr. Rösch (CDU).

Eine Ausnahme jedoch gibt es: die Frauenbeauftragte Trautel Baur. Sie hat in ihrem Dienstvertrag das Recht auf eigene Öffentlichkeitsarbeit stehen. Bisher, so sagt sie, habe sie auch noch keine Schwierigkeiten gehabt. Nur einmal, da habe sich die Darmstädter CDU über ihren Leserbrief, „Der Richterspruch tötet Leben“ (ZD-Ausgabe 52), derart aufgeregt – es ging um das Bundesverfassungsurteil zum Abtreibungsparagrafen 218 – daß sie den Oberbürgermeister überreden wollten, auch seiner Frauenbeauftragten künftig einen Maulkorb zu verordnen. Doch Benz hat sich damals vor sie gestellt und das „christliche“ Begehren abgewehrt, erzählt Baur. Nach dem neuen Gleichstellungsgesetz kann die Frauenbeauftragte ein Veto einlegen, wenn irgendeine öffentliche Stelle nicht ausgeschrieben wird, damit auch Frauen mehr Chancen haben.

Damit ist quasi durch die Hintertür eingeführt, daß die freien Stellen tatsächlich ausgeschrieben werden. Bislang wurde das im Interesse des Parteienfilzes nur dann gemacht, wenn die Parteien niemanden hatten, den sie versorgen wollten. So wie die SPD ankündigte, daß die Stelle des Kämmerers im Herbst ausgeschrieben wird: Der Nachwuchs fehlt.

Für die Vergabe des Vorstandsvorsitzes im Bauverein, der Dr. W. Rösch (CDU) bereits fest zugesagt ist, wird es höchstens eine „unechte“ Ausschreibung geben: kein Mann, noch weniger eine Frau hätte auch nur die geringste Chance. Es sei denn, die SPD würde Rösch gegenüber wortbrüchig – doch der verläßt ohne vorherige Zusage seinen Magistrats-Posten nicht.

Den freiwerdenden Magistratsposten von Rösch zu übernehmen, hat nur eine Frau die Chance: Daniela Wagner (Grüne Landtagsabgeordnete). Das ist in der Koalitionsvereinbarung zwischen rot-grün beschlossen – eine Mitbewerberin, womöglich parteilos, selbst wenn sie Fachfrau wäre, hätte keine Chance. Dennoch will Günter Mayer den Posten ausschreiben lassen.

vro

In eigener Sache

Warum die ZD teurer wird

Vier Jahre erscheint die ZD und hat wider Erwarten durch die Unterstützung der AbonnentInnen, ortsansässiger kleiner und mittlerer Geschäfte einen großen Kreis von LeserInnen aufbauen können.

Das ist umso erstaunlicher, als die Stadt Darmstadt und alle stadteigenen Betriebe – vormals unter Alt-Oberbürgermeister Metzger und heute unter OBBenz – alles daran setzen, um das Erscheinen einer zweiten Zeitung zu be- und verhindern.

Seit der ersten Ausgabe im März 1990 hat die Stadt bis heute keine einzige Anzeige geschaltet, sondern ihre Macht mißbraucht, um, wie juristisch benannt, „einseitig fremden Wettbewerb“, in praxi das „Darmstädter Echo“, zu fördern. Alle Zeitungen sind auf Anzeigen-Einnahmen angewiesen, das ist dem SPD-Filz, der in allen Darmstädter Amtsstuben schimmelt, mehr als bekannt. An der Achillesferse des Ökononischen versuchen die Parteibonzen, die ZD zu erledigen.

Weil eine kritische Zeitung Angriffsflächen bietet, und die ZD zu lange überlebte, gab es einige Sozialdemokraten, die meinten, durch Prozesse um Lappalien und falsch vorgetragene Klageinhalte ließe sich die ZD schneller zum Aufgeben zwingen. Doch sie scheiterten an den Juristen. Obwohl die Politiker damit bislang keinen Erfolg hatten, mußte die ZD dennoch zahlen: Gerichtsverfahren kosten viel Geld, denn die Juristen lieben sogenannte Vergleiche, in Folge müssen beide Seiten zahlen. Durch Spenden von LeserInnen war die ZD bislang in der Lage, die Kosten teilweise aufzufangen, doch für die Zukunft sieht das schlecht aus – es sei denn, es würde wieder gespendet.

Dabei hätte die ZD keine Spenden nötig, wenn die Stadt endlich die Gesetze achten und für eine Gleichbehandlung der Presse sorgen wollte. Schon vor zwei Jahren war uns klar: Ohne juristischen Zwang ändert sich an dem Verhalten der verfilzten und gesetzesuntreuen PolitikerInnen nichts. Doch alle Darmstädter Anwälte, die wir mit dem Erheben einer Klage (wegen Zensur und Anzeigenboykotts) gegen die Stadt beauftragt hatten, blieben untätig. Jetzt ist ein Frankfurter Anwaltsbüro beauftragt, die Stadt auf dem Gerichtsweg zur Gleichbehandlung zu zwingen. Solche Verfahren dauern aber sehr lange.

Das Leseverhalten untersucht an Tageszeitungen zeigt zudem einen Trend, den auch wir beobachten konnten: In erster Linie interessiert die Politik, dann kommt der Sport (den es in der ZD nicht gibt) und an dritter Stelle die Inserate. Kaum vorstellbar, daß es Leute gibt, die eine Zeitung von den Anzeigen beginnend nach vorn lesen – Demoskopon haben dies aber herausgefunden. Deshalb schadet der ZD der Boykott der Stadt und der größeren Geschäfte umso mehr.

Um ein weiteres Erscheinen der ZD zu ermöglichen, müssen wir den Preis anheben. Nach einer Umfrage im letzten Jahr sind 94 Prozent der AbonnentInnen bereit, einen um 50 Prozent erhöhten Bezugspreis zu akzeptieren. Das heißt: Ab dieser Ausgabe wird die ZD im Abonnement keine 60 Mark mehr kosten, sondern 90 Mark, und im Einzelverkauf auf 5 Mark steigen. Das ist viel. Aber gemessen an dem, was die ZD tatsächlich kosten müßte, um von Anzeigenaufträgen der Stadt finanziell unabhängig zu sein, ist dies eher wenig: Der Preis müßte 14,92 Mark je Einzel-Ausgabe betragen, und nur sehr wenige würden bereit sein, soviel zu zahlen. Die Verteuerung

haben wir, solange es nur irgend ging, hinausgezögert, obwohl die Kosten für den Post-Versand, das (Umwelt-)Papier, die Büromiete und anderes ständig gestiegen sind – wir wollten lieber, daß auch DarmstädterInnen mit kleinem Portemonnaie unsere Zeitung abonnieren können. Doch die Zugänge reichen nicht aus, obwohl die Zahlen nur Gutes verheißen: Pro Tag gehen im Durchschnitt zwei neue Abos ein; von 1991 bis 1993 waren das pro Jahr über 40 Prozent mehr.

Nebenbei: Ohne Anzeigenboykott der Stadt würde die ZD längst wöchentlich erscheinen und statt zwei Redakteuren würden mindestens sechs für eine breitere Berichterstattung sorgen.

Es gibt eine weit verbreitete Unsitte: Statt eine Zeitung zu kaufen, gleich, ob billig oder nicht, wird der Kopierer in Gang gesetzt. Niemand macht sich Gedanken darüber, ob solches erlaubt ist oder nicht. Das nimmt, ob des Interesses an den Berichten der ZD, überhand. Beispiel: Die Stadt Darmstadt hat 2.558 Angestellte, und drei Exemplare werden offiziell bezogen. Die Ämter werden im Bedarfsfall mit Kopien eingedeckt. Das heißt, bereits 5% der möglichen, regelmäßig lesenden Haushalte (Darmstadt hat 55.000) werden über Kopierer versorgt. Ein Kopieren ist deshalb künftig nur noch mit Genehmigung des Verlages zulässig. Trotz der Preiserhöhung kann die ZD im Herbst wieder in Schwierigkeiten kommen (wenn die Stadt weiterhin ungeniert benachteiligt), denn wie aus den Anzeigenseiten leicht ersichtlich, boykottieren auch die Banken – nicht nur mit Anzeigen. Für die ZD gibt es auch keine Kredite. Deshalb ist die „Darmstädter Initiative für die Förderung der Pressevielfalt“ gegründet worden. Die Höhe der heutigen Einlagen reicht nicht aus, um den Boykott der Stadt bis zu einem Gerichtsurteil zu überleben – das kann noch ein, zwei, drei oder vier Jahre dauern. Deshalb bitten wir unsere LeserInnen noch einmal zu überprüfen, ob ihr Geld nicht besser aufgehoben ist bei der Unterstützung eines Zeitungsprojektes als bei Großbanken, die es für Finanzierung von Waffen, Immobilienspekulanten u.ä. einsetzen – Zinsen werden im übrigen auch auf Einlagen in der Initiative entrichtet (7%). Auf Anfrage schicken wir gern Unterlagen zu.

Im Zuge der Rezession kann unsere Anzeigenabteilung nicht wachsen, weil von über 350 Anzeigenkunden die Hälfte seit Gründung der ZD, meist zugunsten großer Kettenläden, hat aufgeben müssen.

Die Politiker haben sich schon vor Jahren entschieden: Sie wollen keine zweite Zeitung, die große Wirtschaft (auch die altansässigen Darmstädter Geschäfte) zieht mit ihnen gleich – heute liegt die Entscheidung bei den DarmstädterInnen, ob auch sie künftig wieder einzig „ihr Echo“ lesen und sich ein Bild von Darmstadt vorgaukeln lassen wollen, das allzuoft die Augen vor allem anderen in vorausweisender Botmäßigkeit verschließt. Was einstmals der Großherzog war, sind heute die Parteibonzen der Führungsschleife. *Verlag und Redaktion*

Worüber wir nicht berichten können...

- Über die Antwort des hessischen Innenministers, was er zur Praxis seiner kommunalen Aufsicht beim Regierungspräsidenten zu sagen weiß. Wir werden uns wohl gedulden müssen.
- Über den Freibrief des Bauvereins in Sachen „Ruthsplatz“ für 4,5 Millionen Mark Tiefgaragen und Wohnungen zu bauen. Doch Darmstadts Stadtregierung hält dies noch immer nicht für erforderlich.
- Über den Verkauf unserer personenbezogenen Daten und die Geschäfte, die die Stadt damit macht, unsere Anfragen sind unbeantwortet.
- Noch immer gewährt der Polizeipräsident keinen Einblick in die Aktenordner in Sachen Rechtsradikalismus.
- Über die Ausweisung von Flüchtlingen. Doch kein Anwalt oder das Verwaltungsgericht Darmstadt haben bisher einen einzigen Termin über Verhandlungen bzw. Abschiebungen bekanntgegeben.
- Über die Entwicklung der Grundstückspreise. Der Bericht des Gutachterausschusses für 1993 ist uns trotz Anforderung nicht zugestellt worden – bekannt gegeben hat ihn Stadtrat Dr. W. Rösch (CDU).
- Über Erbbaupacht-Geschäfte. Liegenschaftsdezernent Blöcker hat unsere Fragen vorliegen.
- Über den neuen Landschaftsplan. Angeblich verfügt Stadtrat Swyter (FDP) nur über „ein Exemplar“.
- Warum sich in Sachen HEAG-Hallen nichts tut? Detlef Mengler zahlt pro Tag 11.000 Mark an Zinsen und hatte im November auf schnellen Baubeginn gedrängt. Vergebens haben wir mehrfach um einen Termin gebeten.
- Über vieles andere, das unserer kleinen Redaktion nicht möglich ist zu recherchieren, da der Anzeigenboykott der Stadt die ZD klein hält. *sb*

Anzeige

Die Depesche ist eine Kriegserklärung...

Pressefreiheit und Pressevielfalt ist (Über)Leben.

Keine hundert Jahre ist es her, daß unsere Vorfahren für die Preß-Freiheit ihr Leben gelassen haben.

Keine fünfzig Jahre sind vergangen, daß wir sie nach vollkommenem Verlust wieder erhalten haben – und wieder sind wir dabei, sie zu verlieren, weil sie verkauft wird: an Krämerseelen, die um des Geldes willen die Nachrichten und ihre Meinung dem Meistbietenden anpassen.

Für eine unabhängige, unzensurierte, freie und an Wahrheiten orientierte Presse haben wir die

Darmstädter Initiative für die Vielfalt der Presse

gegründet:

- für eine Kontrolle über Parlamente
- für ein öffentliches Forum der LeserInnen
- für ein Mehr an Demokratie.

Verschlafen Sie nicht wie viele MitbürgerInnen die schleichende Inflation der Meinungs- und Pressefreiheit!

Beteiligen Sie sich an unserer Initiative! Weitere Informationen erteilt die „Zeitung für Darmstadt“ Postfach 10 1101 64211 Darmstadt

Nassauer: Gangstermethoden für Polizisten

CDU-Landesparteitag nominiert Europa-Kandidaten: Auftakt zum Wahlkampf



Einer der Großkopften: Bundesinnenminister Manfred Kanther.
(Fotos: Heiner Schäfer)

Sie sind keine GenossInnen, sondern „liebe Freunde“ – wir nehmen Teil an einer CDU-Parteiveranstaltung. „Meine Damen und Herren, liebe Freunde“, ergreift der Darmstädter Gerhard O. Pfeffermann als erster das Wort. „Die Ortswahl Darmstadt war kein Zufall“, damit gedenke die Partei Bernhard Sälzer, der seit 1979 Spitzenkandidat der hessischen CDU im Europaparlament war. „Der Mensch denkt, Gott lenkt – so haben wir das gelernt.“ Seine Stimme überschlägt sich, und, für einen Moment piepsend, bittet er „um Verständnis für Wehmut“ der süd-hessischen Delegierten. Sie trauern nicht nur um den Parteifreund, sondern auch um den süd-hessischen Interessensvertreter in Brüssel: Auf der neuen Landesliste mit seinen 20 Plätzen ist der Bezirk Hessen-Süd nicht mehr vertreten. Allen Gewählten wünscht er „eine glückliche Hand für ihre Entscheidungen für Deutschland und Europa“, und hofft, „daß sie an Darmstadt und Südhessen denken und uns unterstützen“.

Lange Tisch- und Stuhlreihen füllen das Bürgerhaus aus, die Delegierten der Wahlkreise klüngeln in Gruppen zusammen. Im Foyer gibt es Kaffee, Kuchen, warme Suppe, belegte Brötchen, Lachschnitten – und jede Menge papierene Selbstdarstellung: Broschüren der Jungen Union und der Europäischen Volkspartei (EVP).

Hierarchische Ordnung

Stühlertücken im Saal: Stehend und klatschend wird Valéry Giscard d'Estaings Aufstieg aufs Podium begleitet. Dort sitzen die Großkopften, die hessischen CDU-Landes- und Bundespolitiker – Christian Schwarz-Schilling, Alfred Dregger, Walter Wallmann, Roland Koch, Gottfried Milde, Karlheinz Weimar... – sogar eine Frau: Bundesfamilienministerin Hannelore Rösch. In großen Lettern prangt fernsehgerecht hinter ihnen an der Wand das Motto des Tages, das rote Parteilog, drei blaue Pfeile mit Zielrichtung rechts oben und der Slogan „Besser für Hessen“. Die Wandfarben: blau, weiß und rot – ein freundliches Zeichen für den französischen Ehrengast?

„Kampf und Zähigkeit“

Blau ist auch der Anzug von Bundesinnenminister und CDU-Landesvorsitzendem Manfred Kanther. Im Militärjargon startet er, der CDU stehe „der Wind nicht strack im Rücken“. Er schweigt für einen kurzen Moment, hebt seinen linken Arm, streckt seinen Zeigefinger und appelliert, fordernd und laut, „mit Zähigkeit“ müßten sie sich dieses Jahr „durchkämpfen“. „Und das wollen wir tun, für Hessen, für Deutschland und Europa“ – die Wahlkampfzeit ist eingeläutet.

„Rot-Grün“ werde „immer trostloser und immer weniger eine Verheißung für die Bürger“, versucht Kanther Optimismus zu versprühen. Er polemisiert über Auseinandersetzung um Biblio-

„Der Mensch denkt, Gott lenkt“

„Hessen gewinnt durch Europa“ – so das Motto des 82. Landesparteitages der Christlich-Demokratischen-Union am 19. März in Wixhausen. 388 stimmberechtigte Delegierte strömten am Samstagmorgen in das „Bürgermeister-Pohl-Haus“, um die Landesliste ihrer Partei für die Europawahl am 12. Juni 1994 zu verabschieden: Auftakt zum Europawahlkampf. Die Vorschlagsliste des elfköpfigen Wahlvorbereitungsausschusses blieb unverändert: Mit absoluter Mehrheit wurde Hartmut Nassauer (Kassel-Landkreis) zum Spitzenkandidaten gewählt – er ist damit Nachfolger des im Dezember tödlich verunglückten Darmstädter Europapolitikers Bernhard Sälzer. Auf Platz zwei: Marlies Mosiek-Urbahn (Wiesbaden); Platz drei: Thomas Mann (Main-Taunus). Zwei Mandate hat die CDU Hessen derzeit im Europaparlament, auf drei macht sie sich Hoffnung.

Stimmen fangen soll das beschlossene Papier, „Hessen gewinnt durch Europa“, mit 15 Thesen, die „die hessischen Aspekte deutlich ... machen“, so Nassauer.

Stargast des Parteitages war der frühere französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing.

Block A: „Wir müssen mit Töpfer Hessen noch mitregieren! Wofür haben wir den ganzen Verein da überhaupt?“ „Dialektische Quantensprünge“, machten der hessische Umweltminister Joschka Fischer (Grüne) und sein Ministerpräsidenten Hans Eichel (SPD). Fischer sei schuld, daß die 49 Sicherheitsauflagen seines Parteikollegen Karlheinz Weimar noch nicht umgesetzt seien – kein Wort zu den Ängsten der AnwohnerInnen. Der tags zuvor veröffentlichte SPD-Entwurf für ein Regierungsprogramm sei ein „Gemischtwarenprogramm ohne Preisangabe“.

Maastricht weist den Weg

Europa: Das ist die „Lebenschance unserer Zukunft“, die Maastrichter Beschlüsse „weisen den richtigen Weg“, hin zur „wirtschaftlichen und politischen Einigung“, um Arbeitslosigkeit und Inflation zu bekämpfen. „Wie falsch: Deutschland sei der Zahlmeister der Union. Deutschland ist ein ganz großer Nutznießer der Union!“ Das – so sein Appell – sei „nach draußen zu tragen“.

„Wir tun uns schwer damit“, urteilt er über den „Krieg der Serben gegen ihre Nachbarn“; „einzelne Länder“ könnten solche Probleme nicht lösen. Und zu seinem Lieblingsthema Asyl: Die „schlimme Asyl-Debatte“ habe zu „innenpolitischen Zerwürfnissen“ geführt – kein Wort zur Welle der rechten Gewalt gegen AusländerInnen, keins zu den Opfern, kein Lösungsweg. Kein Problem? Für den Innenminister liegt es in den „Wanderungsbewegungen“, in den „offenen Grenzen“ und der „neuen Situation in Europa“. Nur europaweit sei die „Grenzsicherung“ zu lösen; die „illegalen Schlepperbanden ... illegal zugewanderte Asylbewerber und Kriminalität“ nur mit Hilfe der „Europol“ zu bekämpfen.

Ein föderales System

Mit Gedenken an Sälzer – „ein vorbildlicher deutscher und europäischer Politiker“ – beginnt auch Valéry Giscard d'Estaing. Auf seine rhetorische Frage, ob „Europa ein überholter Traum“ sei, antwortet er: „Nein, es ist unsere Zukunft ... Heute ist es notwendig, daß wir uns vereinen, um überleben zu können ... Glauben wir nicht, daß wir unsere Probleme alleine besser lösen. Gemeinsam ist es nicht sicher, daß wir es schaffen werden, aber allein werden wir es sicher nicht schaffen.“ Sein Modell: ein „politisches und demokratisches Europa“ mit gemeinsamen Institutionen. Das System müsse ein föderalistisches sein, und die alten Identitäten und Kulturen „unserer alten Nationen respektieren“.

Für Erheiterung sorgt sein Zwischenruf: „Ich bewundere die CDU Hessen, die mir die Wahl zwischen vier verschiedenen Wassergläsern läßt“, die auf seinem Rednerpult stehen, „in Frankreich sind wir etwas bescheidener. Aber manchmal ist auch Wein im Glas.“ Des Profiredners letzten Worte: „Rei-

chen wir uns die Hände über die Grenzen und drücken wir so unseren Willen zur Union aus. Es lebe Deutschland! Es lebe Europa!“

„Sehr liebenswürdig“, charakterisiert Kanther süß-säuerlich lächelnd Giscard d'Estaings Gedenken an Sälzer, und sein Angebot, Fragen zu beantworten. Drei werden gestellt und zugelassen: 1. Auswirkungen Deutschlands auf die europäische Union? Das Gewicht Deutschlands sei ausgleichend und die wirtschaftliche Macht Frankreichs zu erhöhen. 2. Verhältnis Europäischer Kommission und Europäisches Parlament? Die politische Verantwortung der Kommission sei zu stärken, „sie muß die Macht haben, wie der Bundestag im Verhältnis zur Regierung“. 3. Europäische Währung? Sie müsse genauso stabil sein wie die deutsche Mark.

Desinteressierte Delegierte

Die großen Reden sind gehalten, jetzt geht es um die Landesliste, die ersten fünf Kandidaten stellen sich vor, im Saal steigen Desinteresse und der Lärm. Außer beim Kreis Wetterau, er will seine Kandidatin, die promovierte Volkswirtin Ursula Braun-Moser, die seit 84 Europaabgeordnete ist, auf Platz drei der Liste haben, was auch die „Frau-



Stargast Valéry Giscard d'Estaing freut sich über die Auswahl zwischen vier Wassergläsern.

enunion“ unterstützt. Doch der Wahlvorbereitungsausschuß wollte sie nicht, trotz ihres „Zwölf-Sterne-Europa-Kochbuchs“, trotz ihrer Werbeblätter, mit denen sie sich als Währungsexpertin ausweisen will. Auf Platz drei setzt sich Thomas Mann durch, der sich als „Creative und Werbetexter“ vorstellt, ein „Vertreter der Arbeitnehmer und des Mittelstandes“. Von 367 Stimmen entfallen 324 auf Hartmut Nassauer, 296 auf Marlies Mosiek-Urbahn, 193 auf Thomas Mann, 158 auf Braun-Moser.

Eine Frage des Bewußtseins

Der Parteitag ist fast zu Ende. Inhaltliches zum Thema Europa? Über die hessischen Positionen der CDU? Nur ein paar Sätze des Nassauers, früherer hessischer Innenminister, zu den 15 Thesen: „Europa ist eine Frage des Bewußtseins ... das Papier fordert, die Rechte des europäischen Parlamentes zu stärken“, Sicherheitskräfte müßten die „selben technischen Möglichkeiten wie Gangster“ haben. Auf dem CDU-Parteitag geht es nicht um Inhalte, Argumente, Diskussionen, die Positionen sind vorbereitet, schriftlich, nur zustimmen müssen die Delegierten halt. Und das tun sie, einstimmig, mit erhobener roter Wahlkarte. *Eva Bredow*

Ärger in der CDU über Stadtrat Rösch

Parteistrategie Pfeffermann wirft Kreisvorsitz hin CDU verhilft SPD zu einem weiteren Magistratssitz

Jetzt wird er laut, der Ärger in der CDU über ihren Stadtrat Dr. Wolfgang Rösch, der des besseren Gehaltes, des lukrativen Versorgungsjobs im Bauverein wegen seinen CDU-Magistratsposten an die SPD verdealte hat (ZD 64). Gerd O. Pfeffermann will nicht mehr länger im Kreisvorstand Partei-Strategie sein, wenn doch nicht gemacht wird, was der Partei frommt. Moderat wird der Ärger in die Worte verpackt: „Das ist ein undenkbarer politischer Vorgang“. Im Hintergrund: Rösch will der SPD für sein höheres Gehalt einen Magistratsposten mehr beschern und wird damit die CDU erstmals seit 1948 aus der Schaltzentrale der Darmstädter Macht, dem Magistrat, ausschließen – so der Plan ohne Absprache mit der CDU, wohl aber mit der SPD. Damit konnte Pfeffermann auf keinen Fall einverstanden sein, wenn er Rösch auch zugesteht, daß er „seinen persönlichen Vorteil sucht“, hielt er für akzeptabel – den Verlust des Stadtrates an die SPD jedoch nicht. Deshalb hatte Pfeffermann die CDU-Fraktion aufgefordert, sich der Stimme bei der Ernennung Röschs zum Bauvereins-Direktor zu enthalten, so Eva Ludwig. Doch in der CDU gab es einen zweiten Antrag, „um die überhitzte Atmosphäre nicht zum Schaden Einzelner zu überspannen“, sollte lieber keine Empfehlung abgegeben werden. „So betätigen wir uns unfreiwillig als Steigbügelhalter für einen SPD-Stad-

trat.“ Pfeffermann, der fast 25 Jahre die personellen Fäden im Hintergrund gezogen hatte, war derart verärgert, daß er beschloß, „keine Führungsaufgaben in der Darmstädter CDU mehr zu übernehmen“ – wie er der „FAZ“ gegenüber erklärte. In der Fraktion war schon über die Möglichkeit gesprochen worden, „daß Dr. Rösch Interesse aus fachlichen und sachlichen Gründen am Direktorenposten des Bauvereins hatte“, sagt Eva Ludwig, „aber wir haben nicht mehr damit gerechnet – zum jetzigen Zeitpunkt.“

Und die Opposition? Alfred Aldenhoff beschreibt das so: „Wir haben durchgängig seit 1948 eine konstruktive Opposition gemacht.“ Jetzt bekommt die CDU (wie die ZD übrigens auch) nur noch Informationen von SPD-Gnaden bis zur nächsten Kommunalwahl in drei Jahren. „Das wird natürlich schwerer werden, wir kommen nicht mehr an alle Informationen und so ein Stadtrat hat auch Gestaltungsmöglichkeiten“, so Ludwig. Einen Anspruch auf den Magistratsposten hat die CDU nicht, „die können uns außen vor halten“ – was die SPD sicher machen wird, denn das war Ziel des Postenschiebens.

„Einen Bewerber für den verlorenen Magistratsposten will die CDU zwar nominieren, doch Aussicht auf Erfolg hat er nicht“, sagt Aldenhoff.

15 CDU-Thesen zu Europa

Zu Europa gebe es keine Alternative steht in dem beschlossenen Papier der CDU Hessen. Die fünfzehn Thesen (Wortwahl in Auszügen):

1. Hessen gewinne durch Europa: finanziell stabilere Verhältnisse in anderen Staaten, schaffen größere wirtschaftliche Sicherheit.
2. Entscheidung für Frankfurt als Sitz des Europäischen Währungsinstuts sei ein Zeichen für eine am Ziel der Geldwertstabilität ausgerichtete Währungspolitik.
3. Vorrangige Aufgabe sei die Sicherung von Arbeitsplätzen; Wirtschaftswachstum dafür eine wichtige Voraussetzung.
4. Die Rechte und Befugnisse des EG-Parlaments seien zu stärken.
5. Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, d.h. die höhere Ebene darf nur dann tätig werden, wenn es nachweisbar notwendig ist.
6. Ausschuß der Regionen müsse fortentwickelt werden.
7. Vermittlung und Förderung des kulturellen Erbes.
8. Europa stelle neue Herausforderungen an die Innere Sicherheit, deshalb seien bessere und effizientere Rahmenbedingungen für die Verbrechensbekämpfung zu schaffen.
9. Einrichtung von Europol.
10. Wegfahrsperrern serienmäßig in Neuwagen, diese Zusage der deutschen Automobilhersteller müsse europäisches Recht werden, um dem Kriminalitätsanstieg wirksam begegnen zu können.
11. Der Wanderungsdruck mache neue Regelungen zur Lösung des Flüchtlingsproblems notwendig, vor allem eine Harmonisierung der europäischen Asylpolitik und der Anerkennungskriterien.
12. Rückübernahmeabkommen bis zu den Herkunftsländern der unberechtigten Asylbewerber.
13. Illegale Einreisen müssen weiter bekämpft werden mit einem gemeinsamen Konzept gegen die internationale Schleuserkriminalität.
14. Die Landwirtschaft müsse in ihrer Existenz erhalten werden.
15. Deutschland sei Schrittmacher der Umweltpolitik in Europa. Unter den Gesichtspunkten Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze und Technologietransfer, seien Hochtechnologiebetriebe zu fördern und zu erhalten – von der Kerntechnologie bis zur Abfallentsorgung und -verwertung. *vro*

Gewinner sind: SPD und Dr. Rösch; Verlierer: die CDU. *red*